



Erbschaftsteuer kommt Familien teuer

Für viele Familien wird es durch die Reform der Erbschaftsteuer noch teurer als bislang gedacht, Grundeigentum von einer Generation auf die nächste zu übertragen.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) will mit einer neuen Berechnungsverordnung künftig die Verkehrswerte vererbter Grundstücke und Häuser über dem tatsächlich am Markt erzielbaren Preis veranschlagen.

In vielen Fällen wird das zu einer überhöhten Erbschaftsteuerbelastung führen.

Bislang werden Immobilien im Erb- und Schenkungsfall zum sogenannten Einheitswert versteuert.

Künftig will das Bundesfinanzministerium mit der Erbschaftsteuerreform auch eine neue Grundvermögenbewertungsverordnung (GrBewV) in Kraft setzen. Nach dem Gesetzentwurf würden Grundstücke und Immobilien im Erbfall künftig zum Teil deutlich über dem Marktwert besteuert.

11,6 % höher als der tatsächlich am Markt erzielbare Preis würde der steuerliche Wertansatz dann liegen und

30 % über dem bislang im Erbfall angenommenen Verkehrswert.

Damit wird die im Rahmen der Erbschaftsteuerreform vorgesehene Anhebung der Freibeträge zum Teil wieder aufgehoben und keine Entlastung bewirkt.

Auch unbebaute Grundstücke sind von den neuen Regelungen betroffen.

Ein Steuerentlastungskonzept wurde dagegen einstimmig in München beschlossen:

Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein und Finanzminister Erwin Huber, erhöhten den steuerlichen Grundfreibetrag für Eltern und Kinder und senkten den Mindeststeuersatz von 15 auf 12 %. Kindergeld und Kinderfreibeträge werden erhöht.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, begrüßte die CSU-Pläne: „Das ist ein erster richtiger Schritt, er wird auf Dauer jedoch nicht ausreichen“, und wies auf die steigenden Steuereinnahmen des Staates hin.

Der Ministerpräsident des Saarlandes Peter Mülle meint: In den Taschen der Bürger ist das Geld allemal besser aufgehoben.

Auch Alt-Bundespräsident Roman Herzog sprach sich für Steuersenkungen aus. „Der Staat sollte den Menschen mehr Netto vom Brutto geben“.

Quelle:

Handelsblatt; Die Welt, Mai 2008